

# Macht - Machtlosigkeit - Hilflosigkeit - Gewalt

von Rolf Staudt

**Z**um 1. Jahrestag des Amoklaufes in Winnenden trat am 11. März 2010 der Landtag in Baden-Württemberg zusammen um den Abschlussbericht des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen – Jugendgefährdung und Jugendgewalt“ zu debattieren. Die Umsetzung der dort eingeforderten Maßnahme wird dreißig Millionen Euro kosten.

Der Vorsitzende des Sonderausschusses, Christoph Palm MdL, fasst die **39 Handlungsempfehlungen** (orientiert an den fünf Themenfeldern des Sonderausschusses) wie folgt zusammen:

1. Gewaltprävention bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen
2. Zugang zu Waffen
3. Gewaltdarstellung in Medien (u. a. in Computerspielen)
4. Sicherheitsmaßnahmen an Schulen
5. Stärkung des Erziehungsauftrags der Eltern

Es ist ein deutlicher Fortschritt, dass ein Bundesland über eine Feuerpatschenpolitik hinaus denkt, plant und auch Maßnahmen einleitet. Hier ist deutlich über publizistische und politische Empörung hinausgegangen worden. Trotzdem greifen die Maßnahmen zu kurz, sind keiner vollständigen Analyse unterzogen worden, bleiben deswegen halbherzig und nicht hinreichend.

In Bayern musste erst die Landtagsfraktion der Grünen mit einer Schriftlichen Anfrage an die Staatsregierung herantreten. In einer Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage der Grünen "Konsequenzen aus dem Amoklauf in Ansbach" sind die Sofortmaßnahmen nach den Ereignissen in Ansbach dargestellt. Es ist wie ein Gebäude, das ohne Fundament und dann noch auf Sand gebaut wurde.



## Digital Natives<sup>1</sup>

Aufgrund einer repräsentativen Forsa-Umfrage ist „jedes zweite Schulkind in Therapie“ (SZ 20.02.2010). Laut einer Untersuchung der KKH-Allianz (SZ 5.3.10) hat die Zahl von depressiven Menschen zwischen 2004 und 2008 insgesamt um 23 Prozent zugenommen. Bei jungen Männern unter 20 Jahren sei ein Anstieg um 41 % zu verzeichnen. Verantwortlich für diese Entwicklung sind

---

1 Marc Prensky in On The Horizon MCB University Press, Vol 9 No. 5 5. Oktober 2001. Siehe auch [www.markprensky.com](http://www.markprensky.com)

laut KKH-Allianz unter anderem „die Wirtschaftskrise und damit verbundene Existenzängste ebenso wie eine zunehmende Orientierungslosigkeit in der globalisierten Gesellschaft.“

Parallel hat sich das Interessenspektrum der Unter-30-Jährigen verengt. Politische und wirtschaftliche Themen, alle Themen, die mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun haben, auch Kunst, Kultur und Wissenschaft, interessieren heute die jüngere Generation weniger als noch vor zehn Jahren. Dies verstärkt die Fokussierung der Gesprächsinhalte auf den persönlichen Nahbereich, auf Neuigkeiten aus dem Freundes- und Bekanntenkreis, Familie, Beruf, Reisen und die eigenen Hobbys wie Musik, Kinofilme und Sport.

Die modernen Kommunikationstechnologien verändern teilweise die Kommunikationskultur und haben in den letzten Jahren zu einer Auseinanderentwicklung der Kommunikationswelten der verschiedenen Generationen geführt. Während zwei Drittel der 30- bis 44-Jährigen und rund 70 Prozent der 45-Jährigen und Älteren das persönliche Gespräch als die angenehmste Form empfinden, um sich mit anderen auszutauschen, ist dies nur bei der Hälfte der 20- bis 29-Jährigen und gerade einmal bei 36 Prozent der Unter-20-Jährigen der Fall. Statt sich von Angesicht zu Angesicht zu unterhalten, telefonieren Unter-20-Jährige lieber ausführlich, smsen, chatten oder schreiben sich E-Mails. (Welt Kompakt 25.3.2010, vgl. hierzu auch: <http://www.gespraechskultur-in-deutschland.de/studie/>)



©Foto: bbroianigo/[www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

Genau diese Kommunikationsformen verstärken bzw. begünstigen bei vielen Jugendlichen das Gefühl des Ausgegrenztsein. Mobbing und Konflikte, die vielleicht in der Schule oder in der Freizeit entstanden sind und oft auf Unterlegenheitsgefühlen, Minderwertigkeitskomplexen und Eifersucht

beruhen, werden im Netz in Chaträumen etc. ausgetragen. Häufig ungefiltert, mit massiven Drohungen, Ausgrenzungen, Beleidigungen, übler Nachrede, ohne sich von Angesicht zu Angesicht ansehen zu müssen. Da wird zum Teil massive kommunikative Gewalt ausgeübt und dahinter steckt oft unterdrückte Angst.

Zum Thema „Gewaltwirkungen bei Computerspielen“ sind die **Ergebnisse der Meta- und Längsschnittanalysen nationaler und internationaler Wirkungsforschung** relativ eindeutig: Digital Natives haben eine deutlich veränderte Kultur, deutlich verändertes Verhalten, teilweise deutlich sinkende Prosozialität und Einfühlungsvermögen, deutlich eingeengte Kommunikation, die nicht selten in Existenzängsten, Depression oder Aggression bzw. Perspektivlosigkeit münden.

Diese Zusammenhänge zählen mit zu den entscheidenden Ursachen der Zunahme von Gewalt in unserer Gesellschaft und auch mit zu den Ursachen für Amok.

**Digital Natives  
haben eine deutlich  
veränderte Kultur**

Darauf scheinen die vorgeschlagenen Maßnahmen weniger eine hinreichende Antwort zu sein, eher ein Tropfen auf den heißen Stein. Insgesamt schlägt der Sonderausschuss in Baden Württemberg die Schaffung von rund 250 zusätzlichen Stellen für Beratungslehrkräfte und Gewaltpräventionsberater sowie zusätzliche 100 Stellen für Schulpsychologen vor.

In **Bayern** gibt es (vom Land zu einem Drittel gefördert) 394 Stellen für Jugendsozialarbeit an 554 Haupt-, Förder- und Berufsschulen. Der Ausbau mit jährlich 60 zusätzlichen Stellen bis 2019 ist unzureichend. Für den Nachtragshaushalt 2010 sind 80.000 Euro für Mobbing-Präventionskampagne vorgesehen. Der Bedarf für zusätzliche Stellen und Mittel im Doppelhaushalt 2011/2012 wird derzeit ermittelt. Des weiteren werden die klassischen Mittel wie Schullandheimaufenthalte empfohlen.

**Wir brauchen einen  
Paradigmenwechsel im  
gesamten Schulsystem**

Gleichzeitig schließt die Landeshauptstadt München drei ihrer Schullandheime darunter die Jugendbildungsstätte für politische Bildung aus Finanznöten. Nur um es in ein Ver-

hältnis zu setzen: Über Nacht hat es die Bundesregierung geschafft, einen 470 Milliarden € Schutzschirm für Banken zu beschließen. Die Prioritäten sind klar.

**Die im Kern richtigen Maßnahmen können nur wirken, wenn die bisherige Form von Schule aufgelöst wird und in kleineren Gruppen und mit Lehrerteams gearbeitet wird.**

„Um Amokläufe unwahrscheinlicher werden zu lassen, bedarf es mehr als Türknäufe und eines der strengsten Waffengesetze der Welt“, so der Vorsitzende des Sonderausschusses in Baden Württemberg. Ein Fortschritt, aber notwendig wäre ein **Paradigmenwechsel** im gesamten Schulsystem.

Dies scheint aber an Partei- und Klienteldenken zu scheitern, und so wird dieses Ergebnis keine **grundsätzliche Veränderung** einleiten.

Die Empfehlungen des Baden Württembergischen Ausschusses beinhalten wichtige Einzelmaßnahmen, die deutlich über den Bayerischen Maßnahmenkatalog hinausgehen. Dazu gehören Vorschläge wie die Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren auszu-

bauen, mehr männliche Erzieher und Grundschullehrer als männliche Vorbilder einzusetzen, Ganztagschulen, kontinuierliche Fortbildung von Lehrkräften, Schulsanktionen ohne Kränkung, „Kein Ausschluss bzw. Abschluss ohne Anschluss“, mehr Beratungslehrer und Schulpsychologen.

## **Wir brauchen eine gemeinschaftliche Erziehung in kleinen Gruppen**

Dafür freilich reichen die 250 plus 100 Stellen keinesfalls aus. Genau so wenig wie die 60 zusätzlichen bayerischen Stellen bis 2010.

Noch prägnanter wird die Halbherzigkeit der Empfehlungen, wenn richtigerweise die Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Eltern gestärkt werden soll durch Familienbesuche der KlassenlehrerInnen. Ich halte die Maßnahme für gut und richtig. Ich halte sie auch für durchführbar. Allerdings nicht unter den gegebenen Bedingungen. Davon abgesehen, dass bereits in allen aufgeführten Punkten die veränderte Rolle der LehrerInnen deutlich wird, auf die bisher zumindest kaum vorbereitet wird und schon gar nicht genug Stellen vorhanden sind.

## **... und eine Entlastung der Lehrkräfte**

Die im Kern richtigen Maßnahmen können nur wirken, wenn die bisherige Form von Schule aufgelöst wird und in kleineren Gruppen und mit

Lehrerteams gearbeitet wird. Dies wiederum stellt die bisherige Form der Arbeitszeitgestaltung von LehrerInnen in Frage. Natürlich werden sich die meisten vorstellen, LehrerInnen können ja eben mal am Nachmittag bei den Eltern vorbeischauen und bei Kaffee und Kuchen mit den Eltern sprechen. Die Wirklichkeit wird anders aussehen.

LehrerInnen müssen deutlich entlastet werden, damit sie in kleinen kooperativen Gruppen ihren erzieherischen Aufgaben (nach dem BayEUG<sup>2</sup>) nachkommen können. Nur so können sie die einzelnen SchülerInnen wahr- und ernstnehmen und sie in eine gemeinschaftliche Entwicklung einbeziehen. Das ist in Klassen von 32 Personen z. B. im Ethik- oder Sozialkundeunterricht auch im „modernen“ G 8 nicht möglich!



---

2 Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz



©Foto: Paul-Georg Meister/[www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

### **Warum findet der Paradigmenwechsel nicht statt?**

"Dem Sonderausschuss war von Beginn an klar, dass es realistischer Weise nicht möglich sein wird, künftig Amokläufe völlig zu verhindern, so wünschenswert dies natürlich wäre", erklärte Christoph Palm. "Zielsetzung des Sonderausschusses war es vielmehr, Wege aufzuzeigen, um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass Amokläufe zukünftig weniger wahrscheinlich werden. Mit den vorliegenden Handlungsempfehlungen und Handlungsfeldern setzt der Sonderausschuss an den tiefgründigen Ursachen an, in der Hoffnung, dass dies gelingen kann", so Palm weiter.

Betrachten wir zunächst den **Sektor der Ökonomie**. An den „tiefgründigen Ursachen“ setzt der Sonderausschuss nicht wirklich an. Die „gesellschaftlichen Rahmenbedingungen“ verbessert er kaum.

Möglicherweise sind einzelne Akteure wie der Abgeordnete Palm wirklich der ehrlichen Meinung tiefgründig an den Ursachen anzusetzen. Aber sie sind sich leider nicht vollends bewusst, an was sie da mitwirken. Die einen wissen es nicht besser, die anderen handeln wider besseres Wissen. Erstere müssen überzeugt werden, Letztere müssen in ihre Schranken gewiesen werden, weil diese undemokratisch partielle Interessen gegen die Interessen der Gemeinschaft vertreten, vor allem solche, die der Gesellschaft langfristig schaden und immense Folgekosten aufbürden.

Manchen geht es vielleicht einfach nur darum, persönlich „im Spiel zu bleiben“. Vielleicht ist es wie bei Hofe vor der französischen Revolution, aus dem „main stream“ auszuscheren kann den Kopf kosten, heute öfter die „wirtschaftliche Existenz“.

Die Eliteperspektive sichern um jeden Preis, scheint das Motto zu sein (vgl. hierzu: Herrmann Ulrike: „Hurra, wir dürfen zahlen, der Selbstbetrug der Mittelschicht“, Westend Verlag, Frankfurt am Main 2010). Bildungspolitik und Bildung findet statt nach vergangenen und überholten Erfordernissen, nach denen des 19., bestenfalls des 20. Jahrhunderts und nach den bestmöglichen Verwertungsbedingungen des Kapitals.

**Die Medien haben einen größeren Einfluss auf das Bewusstsein heutiger Generationen als es Schule je hatte**

Die weltweite Computerspielindustrie hat einen höheren Umsatz als die Filmindustrie in ihren besten Zeiten je hatte. Die Medien haben einen größeren Einfluss auf das Bewusstsein heutiger Generationen als es Schule je hatte und so wie sie konstituiert ist, nicht haben kann, weil sie sich nach Erfordernissen aus der Industriegesellschaft organisiert hat, nicht aber nach den Erfordernissen einer globalisierten Weltgesellschaft.



### **Postdemokratie und „Das Gift der Entsolidarisierung“**

**Postdemokratie** – als Zustand unserer derzeitigen Gesellschaft - von dem Politikwissenschaftler **Colin Crouch** (Postdemokratie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2008) richtig diagnostiziert - stellt unsere Gesellschaft und deren demokratische Institutionen vor die Herausforderung, den Weg zu einer neuen Demokratie zu wagen. Dies kostet die Eliten Privilegien. Andernfalls geben sich Teile der Eliten der Illusion hin, zu glauben, sie könnten die Mehrheit der Menschen mit geringst möglichem Aufwand als Konsumenten „verwalten“.

Auch Tony Judt, der die Welt zur Rettung des Sozialstaates aufruft, sieht auf unsere Gesellschaft eine „Ära der Unsicherheit“ wie zuletzt in den zwanziger Jahren zukommen. („Das vergessene 20. Jahrhundert. Die Rückkehr des öffentlichen Intellektuellen“, Hanser Verlag München 2010; vgl. dazu auch: SZ 15.4.2010).

Im Rahmen von Judts Gesprächsrunde am 10. und 11. April in New York wies der Dortmunder Politikwissenschaftler und Herausgeber der „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ Thomas Meyer darauf hin, dass hinter dem Modell des Sozialstaates zwar idealistische Gedanken standen, seine Implementierung durch Bismarck allerdings aber dem Machterhalt und der Stabilität dienen sollte. Bismarck wollte dabei dem Druck der Straße entgegenwirken.

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise kostet nach unterschiedlichen Schätzungen derzeit zwischen 4-6 Billionen €. Die Süddeutsche schreibt am 12.3.10 „Deutschland muss noch 20 Jahre für Finanzkrise zahlen. Zentralbank: Staaten sollen stärker sparen/Deutschlands Schulden auf 1,7 Billionen Euro gestiegen...“.

Welche Folgen das hat, skizzierte Mohamed El-Erian, der die Anlagen der Allianz-Tochter Pimco managt. Die Regierungen müssten Steuern erhöhen und die Ausgaben drastisch kürzen. "Der Schock für die Staatsfinanzen entwickelter Volkswirtschaften wird noch nicht ausreichend verstanden", warnte der einflussreiche Manager.

## Die digitale Globalisierung greift die Würde und Selbstbestimmung des Menschen an.

Die weltweite **Wirtschaftskrise**, die Gefährdung unserer Welt in **ökologischer** Hinsicht, der früher als Nord-Süd Konflikt be-

schriebene Kampf um Lebensressourcen auf globaler Ebene, dies alles beinhaltet die Frage der Verteilung des kollektiv produzierten Wirtschaftsergebnisses lokal wie global. Die **digitale Globalisierung** beinhaltet neue Formen der digitalen Kontrolle und Steuerung des Bewusstseins und der informationellen Selbstbestimmung, eine neue Form der Ausbeutung. Gegen diese Angriffe auf die Würde und Selbstbestimmung des Menschen ist die von früheren Generationen heftig kritisierte Medienpolitik ein Kinderspiel.

„Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum größten Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An Stelle der lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut.“ (Karl Marx / Friedrich Engels, Das Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, Berlin 1977, S. 466f)

Unsere Gesellschaft driftet immer weiter auseinander. Die alten Bindungskräfte versagen,

## Jugendliche können kaum mehr selbst wirksam werden.

trotzdem sie noch zerstörerisches Unheil anrichten. Große Teile der Bevölkerung und insbesondere Jugendliche finden kaum noch ein Motiv, das für sie selbst wirksam werden könnte. Die unteren Segmente, heute **Prekariat** genannt, kämpfen um ihre Existenz, die Mittelschicht gegen den Abstieg. Beide Gruppen sind abgehängt von der kleinen Gruppe der Gewinner des Neodarwinismus. „Überhaupt ist zu bemerken, dass da, wo Arbeiter und Kapitalist gleich leiden, der Arbeiter an seiner Existenz, der Kapitalist am Gewinn seines toten Mammons leidet“ (MEW Ergänzungsband, 1. Teil Berlin 1981 S. 473)



Identifikation und Bewusstseinsbildung, früher durch „Vorbilder“ z.B. im Elternhaus, in der Schule, im lokalen Umfeld, Sozialisation im Betrieb, insbesondere dort in der dualen Ausbildungsphase in einer psychologisch wesentlichen Entwicklungsphase zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr wird heute durch „Leitmedien“ formiert. Diese unterscheiden sich natürlich in Bezug auf Zielgruppen, aber im Generalziel liegen sie nahe beieinander, nämlich an der Formierung von Konsumenten.



©Foto: Jörg Klemme, Hamburg/[www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

### **Macht – Machtlosigkeit – Gewalt**

Hier brauchen wir tatsächlich eine Debatte über unsere „(Leit-)Kultur“. Wir brauchen eine Debatte über eine Veränderung des Opportunismus, der zu persönlichen wie gesellschaftlichen Deformationen führt, was sich dann auch im Schulcurriculum wieder findet. Eine Veränderung des Wertekanon, vom „Wir da oben, ihr da Unten“, über Elitebildung bzw. Einordnung in die Hackordnung hin zur wirklich demokratischen Beteiligung des mündigen Bürgers, so wie es z.B. die **Bayerische Verfassung** vorsieht, muss eingeleitet werden:

„Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden. Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung und Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne und Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt. .Die Schüler sind im Geiste der Demokratie ...zu erziehen“ (Artikel 131 Bayerische Verfassung).



Dort wo Gewalttaten sich ereignet haben, kommt es zur **Traumatisierung** nicht nur Einzelner, die kann die Gesellschaft schnell kanalisieren und absorbieren, sondern zur Traumatisierung von großen Gruppen. Für diese stellt sich bald die große Frage, der Scheideweg neu, die **Sinnfrage!** Die Einen möchten dann möglichst schnell wieder zurückkehren zum „normalen Alltag“, die Anderen kommen damit, mit dieser Gesellschaft der Doppelmoral, nicht mehr zurecht und suchen nach neuen Wegen. Sie wehren sich gegen Vereinnahmung, gegen die Besetzung ihres Bewusstseins. Soziales Engagement, die Organisation in Gemeinschaften, die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, die gerne schnell wieder zurück möchte zum „normalen“ Alltag, werden zur Lebensaufgabe und geben eine neue Identifikation und einen neuen Sinn.

## Viele kommen mit der Doppelmoral der Gesellschaft nicht mehr zurecht

Gerade in Winnenden organisieren und engagieren sich Eltern, auch um ihr persönliches und kollektiv erlebtes Trauma zu verarbeiten. Sie engagieren sich in Bezug auf die Zugänglichkeit zu Waffen, sie engagieren sich auch im Hinblick auf Medien, z. B. Computerspiele. Hier muss ganz klar für die Abschaffung der deutschen Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) und deren Ersatz durch ein unabhängiges staatliches Organ, wie z. B. die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) plädiert werden.

Einer Verschärfung der Gesetze, wie oft von Politikern gefordert, bedarf es nicht, denn diese Bestimmungen gibt es. Maßgeblich wäre eine tatsächliche Anwendung der Gesetze und einer effektiven Strafverfolgung. Im Strafgesetzbuch finden wir in § 131 zur Gewaltdarstellung:

(1) Wer Schriften (§ 11 Abs. 3), die grausame oder sonst unmenschliche Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder menschenähnliche Wesen in einer Art schildern, die eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrückt oder die das Grausame oder Unmenschliche des Vorgangs in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellt,

1. verbreitet,
2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht,
3. einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überlässt oder zugänglich macht oder
4. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, einzuführen oder auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 bis 3 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine Darbietung des in Absatz 1 bezeichneten Inhalts durch Rundfunk, Medien- oder Teledienste verbreitet.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn die Handlung der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte dient.

(4) Absatz 1 Nr. 3 ist nicht anzuwenden, wenn der zur Sorge für die Person Berechtigte handelt; dies gilt nicht, wenn der Sorgeberechtigte durch das Anbieten, Überlassen oder Zugänglichmachen seine Erziehungspflicht gröblich verletzt.



©Foto: S. Hofschlaeger/[www.pixelio.de](http://www.pixelio.de)

**Prävention ist das Mindeste und das Nachhaltigste was unsere Gesellschaft organisieren muss. Prävention ist gleichbedeutend mit der Umsetzung der Menschenrechte und des Verfassungsauftrages.**

Ich wende mich keinesfalls gegen Sicherheitsmaßnahmen an Schulen, sondern mir ist wesentlich, darauf hinzuweisen, dass mit diesen Maßnahmen das Problem nicht gelöst werden kann, allenfalls die Folgen, wenn der Fall eintritt so gering wie nur irgend möglich gehalten werden können. In diesem Zusammenhang möchte ich erneut Christoph Palm zitieren: „Um Amokläufe unwahrscheinlicher werden zu lassen, bedarf es mehr als Türknäufe und eines der strengsten Waffengesetze der Welt“

Der Sonderausschuss in Baden Württemberg sieht für den Bereich **Sicherheitsmaßnahmen an Schulen** folgendes vor:

- ▶ Lehrer darauf vorbereiten, wie sie bei direkter Begegnung mit Gewalttätern reagieren können
- ▶ Fortbildungsangebote für Lehrkräfte im Umgang mit Mobbing und aggressiven Schülern bedarfsgerecht ausbauen
- ▶ Einheitliche Vorgaben für Alarmsignale an allen Schulen

- ▶ Kommunikationssysteme in Schulen für Meldungen verbessern
- ▶ Unter Wahrung der Zuständigkeit der Schulträger: Türen mit Türknaufsystemen ausstatten (von innen abschließbar)
- ▶ Angebot einer sicherheitstechnischen Beratung der Schulträger durch die Polizei.

Hier gibt es eine breite Ansammlung von sinnvollen Maßnahmen, die lediglich sinnvoll kombiniert und koordiniert werden müssen. Es gibt den bereits lebensrettend erprobten Ansatz (Ludwigshafen) mit „**Handyalarm**“ oder Pager. Kritiker wenden ein, dies sei zu teuer. Heute hat jeder Zugschaffner einen „Nokia Communicator“ dienstlich zur Verfügung. Was bei der Bahn geht, muss um Leben zu retten auch in Schulen gehen. Es gibt den Ansatz von **Durchsagen**, die nur Lehrer als Alarm erkennen können. An manchen Schulen werden „**Notfallkarten**“ mit Handlungsanweisungen ausgegeben.

**SchülerInnen brauchen eine Anleitung für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.**

Was nutzt die Anweisung, von innen die Türen zu verschließen, wenn die Türen und die Schlösser mehr oder weniger baufällig sind, bzw. die Türen mit Gewalt relativ einfach für gewaltsam Eindringende zu öffnen sind? Oder an einigen Schulen wird als „Dienstanweisung“ unterschreiben lassen, „im Alarmfalle verlassen sie das verriegelte Klassenzimmer durch das Fenster“. Hier ist in der Tat von Nöten, zusammen mit Spezialisten, spezielle **Fluchtwege**, als **Übung** tatsächlich auf ihre Tauglichkeit zu prüfen und zu testen, um nicht im Ernstfall in eine tödliche Falle zu laufen.

Einen wichtigen Teil nimmt, wie in Baden Württemberg eingefordert, ein, LehrerInnen in Fortbildungen darauf vorzubereiten, wie sie bei direkter Begegnung mit Gewalttätern reagieren können, dazu gehört auch eine Supervision über den Umgang mit aggressiven Schülern.

All das wird lediglich ein Pflaster sein, wenn nicht prinzipiell umgedacht wird in der Schulpolitik und an Schulen. Es muss in kleineren Klassen, Arbeits- und Lerngruppen gearbeitet werden. Dazu gehört, dass LehrerInnen als Lebens- und Lernprozessbegleiter in Teams arbeiten, die ihre SchülerInnen anleiten am Leben in der Gesellschaft aktiv, fragend, kritisch teilhaben zu können.

**In der Schulpolitik muss umgedacht werden**

„Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.“ Diese Verfassungsvorgabe

muss verstanden werden als Aufforderung zu einer umfassenden, allseitigen, nachhaltigen Bildung unter Einbeziehung von Körper, Geist und Seele.

Dazu muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Prozesse gemeinsam erarbeitet und evaluiert werden. Dies beinhaltet natürlich die Revidierbarkeit von LehrerInnen und die demokratische Mitgestaltung durch SchülerInnen. Das beinhaltet ebenso eine Umgestaltung der Arbeitsbedingungen an Schulen. Das LehrerInnen Supervisionen selber bezahlen sollen, ist ein Skandal. Dies muss

selbstverständlicher Bestandteil des Arbeitsprozesses sein, genauso wie kollektive Beratschlagungen zu allen aktuellen Themen des Arbeitsprozesses und der Schulthemen. Dazu ist die Arbeitszeit für LehrerInnen umzugestalten. Die Arbeit hat in der Schule stattzufinden. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Arbeitszeit den Belastungen entsprechend keinesfalls mehr als 35 Stunden sein darf. Dies bringt einer massiven Umgestaltung der Räumlichkeiten, inklusive der Lehrerzimmer mit ergonomischen Arbeitsplätzen mit sich. Fast alle Schulen sind mit ihren Klassenräumen lediglich auf Frontalunterricht ausgerichtet. Frontalunterricht macht aber nur einen spezifischen Teil der Lernarbeit aus.

Gemeinsames Lernen muss solange nur irgend möglich in einer gemeinsamen Schule stattfinden. Schulen sind zu sozialen Zentren von Gemeinden und Städten auszubauen. Dann sind nicht nur Schulen im Leben, sondern auch Leben in der Schule.

Wird die Machtlosigkeit von Menschen gegenüber struktureller Macht und Gewalt tendenziell aufgehoben, lernen Menschen mit ihrer Aggression besser und vor allem sozialer umzugehen, das ist die beste Prävention gegen Gewalt an Schulen und in unserer Gesellschaft.

„Artikel 117 Treuepflicht: Der ungestörte Genuss der Freiheit für jedermann hängt davon ab, dass alle ihre Treuepflicht gegenüber Volk und Verfassung, Staat und Gesetzen erfüllen. Alle haben die Verfassung und die Gesetze zu achten und zu befolgen, an den öffentlichen Angelegenheiten Anteil zu nehmen und ihre körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“

Bei dem jüngsten Symposium mit allen bayerischen Beteiligten an der LehrerInnenausbildung am 1. und 2. März 2010 in Nürnberg, war nichts von einem Aufbruch in diese Richtung zu bemerken.



**Über den Autor:**

*Rolf B. Staudt ist Diplom Politologe und Lehrer für Wirtschaft und Politik.  
Er ist Mitglied im Landesvorstand der GEW Bayern für den Bereich „Berufliche Schulen“.*

**Kontakt:**

*rolfstaudt@yahoo.com*

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[auswege@gmail.com](mailto:auswege@gmail.com)